

Antrag

der Abgeordneten Dr. Peter Paziorek, Marie-Luise Dött, Dr. Rolf Bietmann, Cajus Julius Caesar, Dr. Maria Flachsbarth, Georg Girisch, Josef Göppel, Holger Haibach, Volker Kauder, Helmut Lamp, Dr. Klaus W. Lippold (Offenbach), Doris Meyer (Tapfheim), Franz Obermeier, Ulrich Petzold, Werner Wittlich und der Fraktion der CDU/CSU

Klimaschutz-Doppelstrategie – Kyoto-Protokoll zu einem wirksamen Kyoto-PLUS-Abkommen weiterentwickeln und nationale klimafreundliche Entwicklung konsequent fortsetzen

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Probleme durch den globalen Klimawandel werden immer drängender. Die Milderung des lebensbedrohenden Klimawandels stellt deshalb die größte Herausforderung für die Umwelt- und Klimaschutzpolitik der kommenden Jahrzehnte dar.

Der Wandel des globalen Klimas wird weltweit tief greifende Folgen im Hinblick auf die Zunahme der Zahl und der Intensität extremer Wetterereignisse haben. Teilweise sind die ersten Auswirkungen schon heute zu beobachten. Was heute im Klimaschutz unterlassen wird, kann morgen zu erheblichen Problemen führen, die nicht nur zu langfristigen Umwelt- und Gesundheitsschäden, sondern auch zu sehr hohen wirtschaftlichen Belastungen führen.

Versicherungen aus aller Welt warnen schon heute vor nicht mehr oder nur zu extrem hohen Kosten versicherbaren wirtschaftlichen Risiken als Folge des sich verstärkenden Klimawandels. Die ökonomischen Schäden infolge von extremen Wetterereignissen sind in den letzten drei Jahrzehnten um den Faktor 15 gestiegen. Die Versicherung Münchner Rück beziffert die globalen Schäden für das Jahr 2002 auf 55 Mrd. US-Dollar. Weltweit starben mehrere zehntausend Menschen durch die Folgen des Klimawandels. Nach Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) sind bei einer Temperaturänderung um global ein Grad Celsius weltweit volkswirtschaftliche Schäden in einer Höhe von bis zu zwei Billionen US-Dollar im Jahr 2050 möglich, auf Deutschland allein würden 137 Mrd. US-Dollar entfallen.

Aus Verantwortung vor zukünftigen Generationen und aus ethischer Verpflichtung, den Kindern hier und weltweit eine lebenswerte Umwelt zu hinterlassen, muss dieser Entwicklung konsequent entgegengewirkt werden.

Am 11. Dezember 1997 hat die internationale Staatengemeinschaft bei der Dritten Vertragsstaatenkonferenz im japanischen Kyoto das Kyoto-Protokoll angenommen. Es verpflichtet die Industriestaaten, ihren Ausstoß der sechs im Anhang des Kyoto-Protokolls genannten Treibhausgase bis 2012 um rund fünf

Prozent unter den Stand von 1990 zu senken. Den Schwellen- und Entwicklungsländern wurden keine Verpflichtungen auferlegt.

Im Kyoto-Protokoll hat sich die Europäische Union (EU) dazu verpflichtet, ihre Treibhausgasemissionen, bezogen auf das Basisjahr 1990, um 8 Prozent bis 2012 zu senken. Deutschland allein hat sich im Rahmen des europäischen burden-sharing dazu verpflichtet, eine Reduktion von 21 Prozent zwischen 1990 und 2012 vorzunehmen.

Zur Erreichung der Emissions-Minderungsziele sieht das Kyoto-Protokoll Instrumente vor, die es erlauben, die Klimaschutzmaßnahmen möglichst flexibel und kosteneffizient durchzuführen. Neben dem 2005 in Europa beginnenden Emissionshandel sind dies die so genannten projektbezogenen Kyotomechanismen Clean Development Mechanism (CDM) und Joint Implementation (JI) sowie der Emissionshandel zwischen den teilnehmenden Annex B-Staaten.

Bedingung für das Inkrafttreten des Kyoto-Protokolls ist, dass es von mindestens 55 Staaten ratifiziert wird, die zusammen für mindestens 55 Prozent des weltweiten Kohlendioxidausstoßes verantwortlich sind. Am 5. November 2004 hat Russlands Präsident Wladimir Putin das Kyoto-Protokoll unterzeichnet, nachdem es zuvor von den beiden Kammern des russischen Parlaments gebilligt wurde. Die Ratifizierung durch Russland wird nach Ablauf einer Frist von 90 Tagen endgültig. Damit werden das Kyoto-Protokoll und die darin vereinbarten Ziele ab dem 16. Februar 2005 bindend. Das Inkrafttreten des Kyoto-Protokolls ist ein historischer Schritt in den Bemühungen um eine weltweite Klimaschutzpolitik.

Klimaschutz ist eine globale Aufgabe, nationale Klimaschutzmaßnahmen können leider oft nur einen kleinen Beitrag leisten. Im gegenwärtigen Weltklimaschutzsystem erhöht sich der globale Ausstoß an Kohlendioxid jährlich um fast eine halbe Mrd. Tonnen. Eine wachsende Weltbevölkerung und die wirtschaftliche Entwicklung in den Entwicklungs- und Schwellenländern werden den Bedarf an Energie weiter erhöhen und zu einem weiteren Ausstoß von Treibhausgasen führen.

Allein mit dem gegenwärtigen Klimaschutzsystem des Kyoto-Protokolls, das auf Selbstverpflichtungen der meisten Industrie- und Transformationsländer beruht, ist eine Änderung dieser klimabedrohenden Tendenz kaum möglich. Ohne eine schnellere und umfassendere Verminderung des Treibhausgasausstoßes wird das Ziel der EU, die nicht mehr vermeidbare Temperatursteigerung auf ein Niveau zu begrenzen, das eine gefährliche Störung des Weltklimasystems vermeidet, wohl kaum zu erreichen sein.

Eine nachhaltige Umweltpolitik auf dem Klimasektor bedeutet deshalb die Durchsetzung einer Klima-Doppelstrategie: auf internationaler Ebene die Weiterentwicklung des Kyoto-Protokolls hin zu einem wirksamen Kyoto-PLUS-Abkommen und auf nationaler Ebene die konsequente Durchsetzung einer effizienteren und rationelleren Verwendung von Energie und Ressourcen, den verstärkten Einsatz Erneuerbarer Energien und die Modernisierung des Kraftwerksparks.

Vornehmliches Ziel einer nachhaltigen und zukunftsorientierten Klimaschutzpolitik muss es deshalb sein, dass deutsche Klimaschutzmaßnahmen und die anderer, gleichfalls für den Klimaschutz engagierter Länder, in einem globalen Rahmen stattfinden können.

Bei der Fortentwicklung des Kyoto-Protokolls zu einem Kyoto-PLUS-Abkommen ist sicherzustellen, dass insbesondere die folgenden klima- und wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen eingehalten werden:

- das Ziel der EU sicherzustellen, die nicht mehr vermeidbare Temperatursteigerung auf ein Niveau zu begrenzen, das gefährliche Störungen des Weltklimasystems verhindert,
- weltweit den Treibhausgasausstoß auf das zur Erreichung dieses Zieles notwendige Maß zu beschränken,
- bisher abseits stehende Industriestaaten aber auch die Entwicklungs- und Schwellenländer aktiv in das Weltklimaschutzsystem zu integrieren, ohne deren Entwicklungschancen zu schmälern,
- weltweit individuelle und kollektive marktwirtschaftliche Anreize zum klimafreundlichen Verhalten zu schaffen und
- gleichzeitig kein Land durch das fortentwickelte Klimaschutzsystem wirtschaftlich zu überfordern.

Diese schwer umzusetzenden Rahmenbedingungen sind aller Wahrscheinlichkeit nach durch eine deutliche Erweiterung der oben genannten flexiblen projektbezogenen Kyotomechanismen und damit durch erweiterte Emissionshandelssysteme in einem fortentwickelten Kyoto-System zu erreichen.

Durch eine solche Strategie würde mehr Kosteneffizienz und Flexibilität zur Erreichung der Klimaschutzziele geschaffen werden, der Technologietransfer in Schwellen- und Entwicklungsländer gefördert und dadurch deren Umwelt-, Gesundheits- und Lebensstandards erhöht werden sowie ökologische, ökonomische und entwicklungspolitische Zielsetzungen miteinander verknüpft werden. Durch die Schaffung und Anerkennung von Senken durch Waldvermehrung ist ebenfalls dem Klimaschutz Rechnung zu tragen. Das Interesse an einer klimafreundlichen Entwicklung würde auf alle Länder der Erde ausgedehnt.

Gleichzeitig könnten erhebliche wirtschaftspolitische Impulse ausgelöst werden, da weltweit dauerhaft Anreize für klimaschützende Investitionen entstehen würden. Dies würde die Exportchancen der deutschen Industrie, beispielsweise im Maschinen- und Anlagenbau, in den Bereichen rationelle Energieanwendung, moderner und effizienter fossiler Kraftwerkstechniken sowie Erneuerbare Energien deutlich verbessern. Denn Deutschland verfügt über ein großes Wissen in der Umwelttechnik. Deutsche Unternehmen haben sich in diesem Bereich eine international anerkannte Kompetenz erarbeitet und sind weltweit in der Umweltschutztechnik führend. Hierin liegen große Chancen und ein ungeheures Innovations- und Wachstumspotenzial für unser Land.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. dafür Sorge zu tragen, dass das Kyoto-Protokoll und die darin vereinbarten Reduktionsziele nach Inkrafttreten auch tatsächlich umgesetzt werden,
2. sicherzustellen, dass das Erreichen der Reduktionsziele konsequent verfolgt und ökonomisch effizient erfolgt,
3. Rahmenbedingungen zu schaffen, die es ermöglichen, die projektbezogenen Mechanismen CDM und JI entsprechend den europäischen Vorgaben in vollem Umfang zu nutzen und nicht durch nationale Regelungen wettbewerbliche Nachteile zu Lasten der deutschen Wirtschaft zu schaffen,
4. die Entwicklungs- und Schwellenländer in die internationalen Klimaschutzbemühungen aktiv einzubeziehen und deren Klimaschutzanstrengungen durch geeignete Maßnahmen zu unterstützen,
5. sich auf internationaler Ebene dafür einzusetzen, das bestehende Kyoto-Protokoll zu einem Kyoto-PLUS-Abkommen weiterzuentwickeln und
6. sich bei den internationalen Verhandlungen mit dafür einzusetzen, dass die folgenden klima- und wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen eingehal-

ten werden: das Ziel der EU einer noch hinnehmbaren Begrenzung der menschengemachten Klimaerwärmung sicherzustellen, weltweit den Treibhausgasausstoß auf das zur Erreichung dieses Zieles notwendige Maß zu beschränken, die Entwicklungs- und Schwellenländer aktiv in das Kyoto-PLUS-Abkommen zu integrieren, weltweit individuelle und kollektive Anreize zum klimafreundlichen Verhalten zu schaffen und gleichzeitig kein Land durch das fortentwickelte Klimaschutzsystem wirtschaftlich zu überfordern.

Berlin, den 30. November 2004

Dr. Peter Paziorek
Marie-Luise Dött
Dr. Rolf Bietmann
Cajus Julius Caesar
Dr. Maria Flachsbarth
Georg Girisch
Josef Göppel
Holger Haibach
Volker Kauder
Helmut Lamp
Dr. Klaus W. Lippold (Offenbach)
Doris Meyer (Tapfheim)
Franz Obermeier
Ulrich Petzold
Werner Wittlich
Dr. Angela Merkel, Michael Glos und Fraktion